

epd-Dokumentation online

Herausgeber und Verlag: Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik (GEP) gGmbH,
Emil-von-Behring-Str. 3, 60439 Frankfurt am Main

Geschäftsführer: Direktor Jörg Bollmann

Amtsgericht Frankfurt am Main HRB 49081

USt-ID-Nr. DE 114 235 916

Verlagsleiter: Bert Wegener

Chefredakteur der epd-Zentralredaktion: Karsten Frerichs

Verantwortlicher Redakteur epd-Dokumentation: Uwe Gepp

Erscheinungsweise: einmal wöchentlich, online freitags

Bezugspreis **Online-Abonnement** „epd-Dokumentation“ per E-Mail: monatl. 31,95 Euro,
jährlich 383,40 Euro, vier Wochen zum Ende des Bezugsjahres kündbar.

Online-Abonnement inkl. Archivnutzung von „epd Dokumentation“ (ab Jahrgang 2001):
jährlich 450,60 Euro

Bestellservice: GEP gGmbH Leserservice, Postfach 1154, 23600 Bad Schwartau,

Tel.: 0451 4906-830, Fax: 0451 4906-950, E-Mail: gep-leserservice@medienexpert.com

Redaktion (Adresse siehe oben unter GEP): Tel.: 069/58098-209,

Fax: 069/58098-294, E-Mail: doku@epd.de

© GEP, Frankfurt am Main

Alle Rechte vorbehalten. Die mit dem Abo-Vertrag erworbene Nutzungsgenehmigung für
„epd-Dokumentation“ gilt nur für einen PC-Arbeitsplatz. „epd-Dokumentation“, bzw. Teile
daraus, darf nur mit Zustimmung des Verlags weiterverwertet, gedruckt, gesendet oder
elektronisch kopiert und weiterverbreitet werden.

Anfragen richten Sie bitte an die epd-Verkaufsleitung (Adresse siehe oben unter GEP),

Tel.: 069/58098-259, Fax: 069/58098-300, E-Mail: verkauf@epd.de

Haftungsausschluss:

Jede Haftung für technische Mängel oder Mängelfolgeschäden ist ausgeschlossen.

Dokumentation

Frankfurt am Main ■ 6. Juni 2023

www.epd.de

Nr. 23

■ Dritte friedensethische Tagung zum
Ukraine-Krieg: »Ich habe geträumt, der Krieg
wär‘ vorbei« ... Politische Möglichkeiten und
theologische Perspektiven aus Ost und West
Digitaler Studien-Nachmittag der Evangelischen Akademien

20. März 2023

Impressum

Herausgeber und Verlag:
Gemeinschaftswerk der
Evangelischen Publizistik (GEP)
gGmbH
Anschrift: Emil-von-Behring-Str. 3,
60439 Frankfurt am Main.
Briefe bitte an Postfach 50 05 50,
60394 Frankfurt

Geschäftsführer:
Direktor Jörg Bollmann
Verlagsleiter:
Bert Wegener
epd-Zentralredaktion:
Chefredakteur: Karsten Frerichs

epd-Dokumentation:
Verantwortlicher Redakteur:
Uwe Gepp
Tel.: (069) 58 098 -135
Fax: (069) 58 098 -294
E-Mail: doku@epd.de

Der Informationsdienst
epd-Dokumentation dient der
persönlichen Unterrichtung.
Nachdruck nur mit Erlaubnis und
unter Quellenangabe.
Druck:
Strube Druck & Medien GmbH
Stimmerswiesen 3
34587 Felsberg

■ »Ich habe geträumt, der Krieg wär‘ vorbei«...

Der Krieg Russlands gegen die Ukraine dauert nun schon über ein Jahr. Nach wie vor bewegt er in hohem Maße die Gemüter, auch die von Christ*innen.

»Krieg soll nach Gottes Wille nicht sein!«, so hat es die 1. Vollversammlung des Weltkirchenrates 1948 kurz nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs formuliert. Und dennoch ist er in der Welt und droht immer neue Dimensionen anzunehmen. Es stellt sich also die Frage, wie gehen wir insbesondere auch als Christ*innen damit um? Müssen wir unsere Vorstellungen und Glaubensgrundsätze anpassen oder können wir uns auf eindeutige und klare Prinzipien berufen, die Krieg wirklich verhindern helfen oder ihn gar beenden können?

Dazu wollen wir uns in drei inhaltlichen Schwerpunkten mit dem Krieg Russlands gegen die Ukraine auseinandersetzen. Auf der theologischen Ebene fragen wir danach, welche biblischen Traditionen außer der Bergpredigt es gibt, die sich mit Krieg und Frieden befassen. Auf der Ebene des Völkerrechts fragen wir nach den rechtlichen Rahmenbedingungen, wie dieser Krieg, in dem eine Nuklear- und Vetomacht der Aggressor ist, begrenzt werden kann. Und schließlich wollen wir nachfragen, welche politischen Möglichkeiten existieren, um Verhandlungen voranzutreiben. Verhandelt wurde ja bereits bei Gefangenenaustauschen, bedrohten Kernkraftwerken und über Getreideausfuhren. Doch was geschieht noch daneben? (...)

Aus der Einladung zur dritten friedensethischen Tagung zum Ukraine-Krieg der Evangelischen Akademie im Rheinland, der

Evangelischen Akademie Villigst, der Evangelischen Akademie Bad Boll, der Evangelischen Akademie Tutzing, der Evangelischen Akademie zu Berlin, und der Evangelischen Akademie Thüringen, der Evangelischen Akademie der Nordkirche, der Evangelischen Akademie Frankfurt, der Evangelischen Akademie Hofgeismar und der Evangelischen Akademie Sachsen)

Die Texte zum ersten Studientag »Im Angesichts des Ukraine-Krieges: Evangelische Friedensethik vor neuen Herausforderungen« am 12. Mai 2022 sind als *epd Dokumentation 25/2022* erschienen, die Texte des zweiten Studientags »Im Dialog mit aktuellen Stimmen aus Osteuropa« am 18. Oktober 2022 als *epd Dokumentation 3/2023*.

Quellen:

Dritte friedensethische Tagung zum Ukraine-Krieg: »Ich habe geträumt, der Krieg wär‘ vorbei« ... Politische Möglichkeiten und theologische Perspektiven aus Ost und West

Digitaler Studien-Nachmittag der Evangelischen Akademien, 20. März 2023

Inhalt:

**Dritte friedensethische Tagung zum Ukraine-Krieg:
»Ich habe geträumt, der Krieg wär' vorbei« ... Politische Möglichkeiten und
theologische Perspektiven aus Ost und West.
Digitaler Studien-Nachmittag der Evangelischen Akademien, 20. März 2023**

▶ Prof. Dr. Jörg Hübner: Begrüßung	4
▶ Dr. Sebastian Kranich: Wort in den Nachmittag	6
▶ PD Dr. Urszula Pełkala: Der Krieg in der Ukraine als Herausforderung für die christlichen Friedensprinzipien	7
▶ Prof. Dr. Klara Butting: Der Kampf David gegen Goliath	10
▶ Arie Mora: Zwiesgespräch Völkerrecht – aus der Sicht einer ukrainischen Nichtregierungsorganisation	13
▶ Prof. Dr. Hans-Joachim Heintze: Zwiesgespräch Völkerrecht – aus der Perspektive des Friedenssicherungsrechts	15
▶ Gespräch mit Dr. Andrei Lavruhin	19
▶ Stephan Bickhardt und Prof. Dr. Jörg Hübner: Fragestellungen nach der dritten Friedensethischen Tagung der Ev. Akademien	22

Begrüßung

Akademiedirektor Prof. Dr. Jörg Hübner, Evangelische Akademie Bad Boll

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Tagungsgäste,

im Namen der Evangelischen Akademien in Berlin, Bad Boll, Dresden, Frankfurt, Hamburg, Hofgeismar, Neudietendorf, Rheinland, Tutzing und Villigst heiße ich Sie ganz herzlich zum dritten digitalen Studientag der Evangelischen Akademien zur Friedensethik willkommen. Wir freuen uns, dass Sie dabei sind und wünschen Ihnen von Herzen, dass Sie mit einem Gewinn an Eindrücken und Einsichten sich heute Nachmittag verabschieden können.

Seit dem Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine hat sich hierzulande vieles geändert. Von der berühmten »Zeitenwende« ist immer wieder die Rede, wobei Vorsicht geboten ist mit einem zu starken, kriegstreibenden Vokabular. Natürlich, die Veränderungen sind tiefgreifend – am meisten wohl für die Menschen in der Ukraine, an die wir jetzt heute Nachmittag besonders denken. Vom Leid, von Trauer, von Sorge, von Bombenangriffen, von massiven Unsicherheiten werden sie Stunde für Stunde eingeholt, während wir hier im Trockenen, im Warmen, im Gemütlichen sitzen. Wir sollten uns diese unterschiedlichen Perspektiven immer wieder vor Augen führen, wenn wir miteinander diskutieren oder auch streiten.

Denn ja, auch in unseren evangelischen Kirchen wird heftig über den weiteren Weg in der Friedensethik gestritten. Am 23. Februar, einem Tag vor dem ersten Jahrestag der Überfalls Russlands auf die Ukraine, war in der ZEIT ein Gespräch zwischen der ehemaligen Ratsvorsitzenden Margot Käßmann und der Regionalbischöfin Petra Bahr zu lesen. Die Positionen beider Theologinnen hätten unterschiedlicher kaum sein können:

Margot Käßmann machte in diesem Gespräch deutlich: Waffen bringen Eskalation. Waffen bringen Tod und Leid. Jesu Gebot der Feindesliebe solle und könne, so Margot Käßmann, heute konkret werden – durch das Unterbrechen der Logik des Krieges und der andauernden Waffenlieferungen. Und zwar durch Verhandlungen. Margot Käßmann setzt auf die vermittelnde Rolle Chinas und der Vereinten Nationen. Denn: »Ich bin davon überzeugt, man kann immer verhandeln.«

Petra Bahr hält dagegen: Das Gebot Jesu, dem Schlagenden auch noch die andere Wange hinzuhalten, sei zwar im Konkreten eine eindrucksvolle Haltung, jedoch nicht auf die Politik zu übertragen. In Anlehnung an Dietrich Bonhoeffer plädiert sie dafür, dem Rad in die Speichen zu fallen. »Dafür«, so Petra Bahr, »braucht es, so furchtbar das ist, gegenwärtig auch Waffen.« Waffen würden zwar töten, aber im Angesicht des Bösen Schlimmeres verhindern. Der Sorge des »Manifests für den Frieden« unterstellt sie selbstverliebten Zynismus. Alles drehe sich um die deutsche Angst vor einem vermeintlichen Atomkrieg und um die deutsche Befindlichkeit, nicht aber um die furchtbare Lage der Menschen in der Ukraine.

Sie spüren es an dieser zusammenfassenden Darstellung der beiden Seiten: Der theologische Ton wird rauer. In unserer Kirche, aber auch in unserer Gesellschaft. Alles dreht sich dabei um das Thema Waffenlieferungen sowie um das Stichwort Verhandlung. Bist Du für das eine, schließt Du das andere aus. Und umgekehrt. Sehr verengt wird hier diskutiert und aufeinander verbal eingehämmert.

Natürlich benötigen wir den Streit. Natürlich benötigen wir unterschiedliche Einsichten und Urteile. Aber ein wenig mehr Respekt und Würdigung der jeweils anderen Position, quasi so etwas wie ein verbaler Waffenstillstand, würde uns guttun. Wir wollen einen solchen heute Nachmittag leben, indem wir unterschiedliche Perspektiven zusammenbringen und ins gemeinsame Gespräch führen. Respektvoll, achtsam und würdigend – eben so, wie es sich in einer Evangelischen Akademie gehört. Und wir bitten Sie auch, sich in Ihren Reaktionen auf solch einen Stil der gegenseitigen Wahrnehmung und Würdigung einzulassen. Denn Sie können sich im Chat an der Diskussion beteiligen. Herr Nann von der Evangelischen Akademie Hofgeismar wird den Chat sorgsam beachten und den Moderierenden eine Zusammenfassung der Diskussion im Chat nennen, so dass Sie mit Ihren Fragen zu Wort kommen.

Es hatte sich in den beiden vorangehenden Studientagen gezeigt: Unsere Diskussion in der Gegensätzlichkeit beginnt sich zu lockern, wenn Gäste aus Osteuropa bei uns sind. Gäste, die aktuell dort leben oder aber dort groß geworden

sind. So freuen wir uns sehr, dass wir in allen drei Zwiegesprächen jeweils einen Gast aus Osteuropa bei uns haben – im theologischen Gespräch eine Theologin, die in Polen aufgewachsen ist, im politischen Zwiegespräch einen Gast, der aus Belarus stammt, zur Opposition gehört und im Exil in Vilnius lebt sowie im völkerrechtlichen Zwiegespräch einen Juristen von einer zivilgesellschaftlichen Organisation aus der Ukraine.

Ich hoffe, dass wir mit dieser Konstellation die friedensethische Integrationsaufgabe in unseren Kirchen ein wenig mehr auf den Weg bringen können. Dazu gehören auch Sie. Nur zusammen mit Ihnen können wir diese Integrationsaufgabe anpacken. Noch einmal: Wir wünschen Ihnen dazu weiterführende Eindrücke und Einsichten.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!



Wort in den Nachmittag

Akademiedirektor Dr. Sebastian Kranich, Evangelische Akademie Sachsen

»Ich hab' geträumt, der Krieg wär vorbei / Du warst hier und wir waren frei / Und die Morgensonne schien«: Das singt Rio Reiser 1972 auf dem Ton-Steine-Scherben-Album »Keine Macht für Niemand«.

Welcher Krieg? In einem Jahresrückblick auf das Erscheinungsjahr der Platte heißt es: Der Vietnamkrieg nimmt kein Ende. 1972 bringt die größte Bombenlast für Vietnam, die bis dahin je auf ein Land abgeworfen wurde. Henry Kissinger wird beauftragt, die Möglichkeiten des US-amerikanischen Rückzugs aus Vietnam zu erkunden.

»Ich hab' geträumt, der Krieg wär vorbei« ... Was geschieht denn, wenn wir träumen? Wir verarbeiten Dinge, die uns emotional tief berühren und beschäftigen. In uns entstehen Bilder: Schreckliche Bilder im Alptraum, in dem wir uns wie gelähmt fühlen, dem Grauen ausgesetzt. Aber auch Bilder voller Frieden, voller Ruhe und Freude, in Träumen, in denen wir uns seltsam zeitlos bewegen. Oft sind es überraschende Bilder, die anders sind als das, was unsere normale Realität, was unser Alltag ist; Bilder, die über das, was ist, weit hinausweisen.

Daher ist es kein Wunder, dass Träume in den Religionen so viel gelten. Sie sind eben mehr als Schäume und Träumereien. So heißt es in Psalm 26: »Wenn der Herr die Gefangenen Zions erlösen wird, so werden wir sein wie die Träumenden. Dann wird unser Mund voll Lachens sein.« Kein Wunder, dass uns Martin Luther Kings kraftvolle Freiheitsrede bis heute in den Ohren klingt mit ihrem: »I have a dream. I have a dream today.«

Doch ich bin uns noch den Titel des Lieds von Ton Steine Scherben schuldig. Er lautet: »Der Traum ist aus.« Rio Reiser singt weiter:

»Alle Türen waren offen, die Gefängnisse leer / Es gab keine Waffen und keine Kriege mehr / Das war das Paradies / Der Traum ist aus / Der Traum ist aus«

Erwachend kommen wir zurück. Erwachend können wir versuchen, das Geträumte zu deuten. Erwachend mögen wir versuchen, die gefühlten und geschauten Bilder zu deuten, uns einen Reim auf sie zu machen. Wir können das, was sich in ihnen zeigt oder gar offenbart, verlachen, es als

unrealistisch abtun. So unrealistisch wie das, was Rio Reiser in jenem Lied zuvor auch noch singt: »Es gab keine Angst und nichts zu verlieren / Es war Friede bei den Menschen und unter den Tieren.«

Oder wir können das Geschaute, das Erhoffte, das Erwartete wichtig nehmen, so wie Rio Reiser es in seinem Lied tut: »Der Traum ist aus. Aber ich werde alles geben, dass er Wirklichkeit wird.«

Alles dafür geben, alles dafür tun. Doch was ist zu tun? Die Zeiten haben sich seit 1972 ja schon mehrfach gewendet. Und bereits damals bestand bei denen, die einen Traum hatten, nicht immer Einigkeit darüber, was zu tun sein.

Und dennoch meinte Rio Reiser bei einem Konzert in Berlin 1992: »Das Merkwürdige an diesem Lied ist, dass es einfach nicht älter wird.« Und dennoch macht sich der 99-jährige Henry Kissinger öffentlich Gedanken über politische Möglichkeiten zur Beendigung des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine.

Doch welchen Traum haben Ukrainerinnen und Ukrainer? Nur zwei Stimmen: Die Hochspringerin Jaroslawa Mahutschich sagte, sie träume vom Ende des Krieges und vom Sieg der Ukraine. Und die Journalistin und Lehrerin Emiliia Dieniezhna schrieb vor Weihnachten in der Süddeutschen Zeitung:

»Weihnachten liegt in der Luft, und ich kann nicht aufhören, darauf zu hoffen, dass bald ein Wunder geschieht. Dieses Wunder wünsche ich mir in diesem Jahr mehr denn je. [...] Die meisten Kinder wollen vor allem Frieden und Freiheit für die Ukraine und den Sieg im Krieg gegen Russland. Das ist auch mein Hauptwunsch. Ich möchte aber auch Gerechtigkeit. Russland und russische Kriegsverbrecher müssen bestraft werden.«

Ich lese uns dazu noch einmal Verse aus Psalm 126: »Wenn der HERR die Gefangenen Zions erlösen wird, so werden wir sein wie die Träumenden. Dann wird unser Mund voll Lachens und unsre Zunge voll Rühmens sein. Da wird man sagen unter den Völkern: Der HERR hat Großes an ihnen getan! Der HERR hat Großes an uns getan; des sind wir fröhlich.« Amen 

Der Krieg in der Ukraine als Herausforderung für die christlichen Friedensprinzipien

PD Dr. Urszula Pękala, Professurvertreterin für Kirchen- und Theologiegeschichte, Institut für Katholische Theologie, Universität des Saarlandes

Der Krieg in der Ukraine fordert unsere christlichen Friedensprinzipien heraus: Warum konnte dieser Krieg nicht verhindert werden? Welche Formen der Rüstung und Verteidigung sind ethisch vertretbar? Welche Mittel führen zum nachhaltigen Frieden? Es scheint, dass wir noch keine befriedigenden Antworten auf diese Fragen gefunden haben.

I.

Wo können wir aber nach solchen Antworten suchen? In der katholischen Perspektive bietet sich hier vor allem ein Blick auf das kirchliche Lehramt. In den 1960er Jahren erscheint nämlich ein neuer Ansatz der katholischen Friedenslehre, der vor dem Hintergrund der Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs, des Kommunismus, des Kalten Krieges und des Zerfalls kolonialer Imperien entwickelt wird. Papst Johannes XXIII. schlägt in seiner Enzyklika *Pacem in terris* von 1963 einen Paradigmenwechsel hinsichtlich der Grundlagen des Friedens vor: »Der wahre Friede unter den Völkern [kann] nicht durch die Gleichheit der militärischen Rüstung, sondern nur durch gegenseitiges Vertrauen fest und sicher bestehen« (Nr. 61). Als Mittel zum Frieden betrachtet der Papst vor allem das Verhandeln und die Einhaltung der Verträge.

Diese Denkweise findet sich in der *Pastoralkonstitution* »*Gaudium et spes*« über die Kirche in der Welt von heute des Zweiten Vatikanischen Konzils von 1965 und in der Enzyklika von Paul VI. *Populorum progressio* von 1967 wieder. Die beiden letzteren Dokumente erweitern den Blick auch auf den postkolonialen Kontext und die Problematik der sozialen Gerechtigkeit. Der Frieden werde demnach nicht nur durch Abrüstung, sondern auch durch Solidarität zwischen Menschen und Staaten, eine auf Wahrheit und Freiheit basierende Gesellschaftsordnung sowie gerechte Güterverteilung garantiert (vgl. *Gaudium et spes* 78, 84, 90; *Populorum progressio* 76).

Dies sind die neuen Determinanten der katholischen Friedensethik. Sie sind alle auf die Überwindung und Verhütung von Konflikten ausgerichtet. Dahinter steht allerdings implizit die Überzeugung, dass die Schuld für den Ausbruch

und die Eskalation eines Konflikts bei allen Konfliktparteien liege, auch wenn nicht immer in gleichem Maße. Daher erblicken diese Dokumente die Lösung in Verhandlungen und Kompromissen.

II.

Lassen sich nun diese Ansätze der katholischen Friedenslehre auf den russischen Krieg gegen die Ukraine anwenden? Das scheint mir nur in begrenztem Maße möglich, wenn wir – wie in diesem Fall – mit einem Angriffs- und Vernichtungskrieg zu tun haben, der auf einer imperialistischen Ideologie basiert.

Zur Legitimierung des Krieges gegen die Ukraine wird in Russland ein ideologisiertes und verfälschtes Geschichtsnarrativ hinzugezogen, das sehr deutlich im Aufsatz von Wladimir Putin vom Juli 2021 dargestellt wurde (den Aufsatz kann man bis heute, auch in englischer Übersetzung, auf der offiziellen Webseite des Kreml finden). Nach der Veröffentlichung des Aufsatzes sagten viele Expert*innen, von nun an stelle sich nicht die Frage, *ob* Russland einen großflächigen Krieg gegen die Ukraine entfacht, sondern *wann*. Für das offizielle russische Geschichtsnarrativ sind drei Elemente wesentlich. Das erste Element ist die Christianisierung der Kiewer Rus im 10. Jahrhundert. Russland betrachtet die Kiewer Rus als Wiege der eigenen Geschichte, die sich gegenwärtig, angeblich zu Unrecht, in den ukrainischen Staatsgrenzen befinde. Das zweite Element dieses Narrativs besteht in dem Konzept des *russskij mir* (*Ruthenische Welt*). Diesem Konzept zufolge bilden Belarussen, Russen und Ukrainer in Wirklichkeit ein Volk, das von dem gemeinsamen orthodoxen Glauben und der gemeinsamen liturgischen Sprache – altkirchenslawisch – verbunden sei. Moskau habe den besonderen Auftrag, diese kulturelle und religiöse Einheit aufrechtzuerhalten und idealerweise die Belarussen, Russen und Ukrainer im Rahmen eines Staatsterritoriums (wie dies in der Zeit der Sowjetunion der Fall war) zu vereinen. Der Westen versuche hingegen diese drei Brüdervölker auseinanderzureißen. Im Konzept der *Ruthenischen Welt* wird der Ukraine das Recht auf Bestehen als souveräner Staat und eigenständige Kultur explizit abgesprochen. Das

dritte Element das ideologisierten russischen Geschichtsnarrativ stellt das Konzept von Moskau als *Drittes Rom* dar. Dieses Konzept geht auf die Heirat des Zars Iwan III. mit Sophia Paleologos, der letzten Erbin der byzantinischen Kaiserdynastie, im Jahre 1472 zurück. Da Konstantinopel seit 1453 kein Zentrum des orthodoxen Christentums mehr darstellte, hatte sich nun das Moskau selbst zum Hort des wahren christlichen Glaubens und zum direkten Nachfolger des byzantinischen Kaisertums gekürt. In dem Konzept des Dritten Roms wurde somit schon vor über 500 Jahren der politische Anspruch der Einigung aller ruthenischen Völker durch Russland mit dem religiösen Auftrag der Aufrechterhaltung des orthodoxen Glaubens gekoppelt – und so bleibt es bis heute. Die durch Russland angestrebte vollständige Eroberung der Ukraine wird als deren Rettung vor dem sittlichen und religiösen Verfall dargestellt.

Wenn manche Akteure der westlichen Politik und Öffentlichkeit der Ukraine nahelegen, territoriale Zugeständnisse an Russland zu machen oder auf Verteidigung zu verzichten, um damit angeblich die Spirale der Gewalt anzuhalten (was mit einer Verringerung der westlichen Militärhilfe für die Ukraine einhergehen würde), übersehen sie, dass dies gar nicht zum Frieden führt – zumindest nicht für die Ukraine. Vor dem Hintergrund des hier nachgezeichneten Geschichtsnarrativs ist es nämlich klar, dass es im russischen Szenario keine unabhängige Ukraine gibt. Die praktische Umsetzung der westlichen Vorschläge würde daher die Auslieferung Tausender ukrainischen Frauen und Männer den Repressalien des Putinischen Regimes – bis hin zur Liquidierung – bedeuten. Dies spielt sich bereits vor unseren Augen in den durch Russland eroberten Teilen der Ukraine ab: Folter, Vergewaltigungen, Massenhinrichtungen, Entführungen von Kindern.

Angesichts der russischen Verbrechen in der Ukraine und der dahinter stehenden Propaganda sehen sich auch Estland, Lettland, Litauen und Polen bedroht, denn auch gegenüber diesen Ländern hat Putins Regime in den vergangenen Jahren territoriale Ansprüche geäußert. Für sie stellt die Diskussion über die Waffenlieferungen an die Ukraine keine theoretische Erwägung über ethische Grundsätze dar, sondern eine Existenzfrage. Diese Länder sehen sich zugleich von der Russlandpolitik Deutschlands und anderer westlichen Partner in den letzten zwei Jahrzehnten zutiefst enttäuscht. Die Warnungen vor Putin aus Warschau, Vilnius oder Tallinn wurden nämlich nicht selten als Russophobie oder ein noch nicht aufge-

arbeitetes Trauma aus der Sowjetzeit heruntergespielt.

III.

In dieser dramatischen Lage versuchen Christinnen und Christen einen angemessenen Umgang mit der Herausforderung des Krieges zu finden. Dabei werden eindeutige Stellungnahmen von christlichen Kirchen ausdrücklich gefordert. Ein Beispiel einer solchen Forderung stellt der Appell eines Netzwerk von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern verschiedener Konfessionen und Disziplinen an den Ökumenischen Rat der Kirchen vom Juli 2022 dar: »[W]ir rufen den ÖRK, seine Vertreter sowie die Mitgliedskirchen auf, (weiterhin) unmissverständliche Aussagen zu machen, den Aggressor offen zu benennen und jede zweideutige Formulierung zu vermeiden, die die Schuld auf die Opfer abwälzt, indem sie den Eindruck erweckt, dass die Opfer für den Krieg mitverantwortlich sind, sowie jede Formulierung zu vermeiden, die den Aggressor zum Opfer macht.«¹ Die Unterzeichner*innen fordern darüber hinaus die Aussetzung der Mitgliedschaft der Russisch-Orthodoxen Kirche im ÖRK, solange der Patriarch Kyrill die Religion für die Kriegspropaganda missbraucht. Zugleich rufen sie zur Unterstützung für diejenige Gläubigen der ROK auf, die sich dem Vorgehen des Patriarchen widersetzen und dafür verfolgt werden.

Die Deutsche Bischofskonferenz hat bereits in ihrer Erklärung vom 10. März 2022 klare Worte zu dem Krieg gefunden. Das Vorgehen Russlands wird hier als Angriffskrieg bezeichnet. Die Bischöfe rufen auch zur Hilfe für die Kriegsopfer und Flüchtlinge auf und mahnen zugleich: »Auch der Gegner bleibt immer Mensch!«. Die breit diskutierte Frage der militärischen Unterstützung für die Ukraine wird ebenfalls angesprochen: »Rüstungslieferungen an die Ukraine, die dazu dienen, dass das angegriffene Land sein völkerrechtlich verbrieftes und auch von der kirchlichen Friedensethik bejahtes Recht auf Selbstverteidigung wahrnehmen kann, halten wir [...] für grundsätzlich legitim. Es ist denjenigen, die die Entscheidung zu treffen haben, aber aufgetragen, präzise zu bedenken, was sie damit aus- und möglicherweise auch anrichten. Dies gilt gleichermaßen für die Befürworter wie für die Gegner von Waffenlieferungen.«²

Im Kontrast zur Eindeutigkeit des Appells der Wissenschaftler*innen und der Erklärung der deutschen Bischöfe steht seit Anfang des Krieges die Haltung von Papst Franziskus. Er bemüht

sich, eine ausgewogene Position einzunehmen, viele empfinden es aber als Ausweichmanöver. Das Ergebnis ähnelt eher einem Symmetrismus in Betrachtung des Verhältnisses zwischen Ukraine und Russland, der in Konsequenz zum *victim blaming* der Ukrainer*innen führen kann. Mache päpstlichen Aussagen legen nämlich nahe, die Ukraine bemühe sich nicht genug um den Frieden. So etwa die Aussage des Papstes nach dem Gebet Angelus Domini am 2. Oktober 2022: »Mein Appell richtet sich in erster Linie an den Präsidenten der Russischen Föderation, den ich bitte, diese Spirale von Gewalt und Tod zu stoppen, auch zum Wohle seines Volkes. [...] Andererseits appelliere ich [...] ebenso zuversichtlich an den Präsidenten der Ukraine, für ernsthafte Friedensvorschläge offen zu sein.«³ Dauert also der Krieg immer noch an, weil der ukrainische Präsident für Friedensvorschläge nicht offen genug sei? Dem Papst wird auch forcierte Entlastung der russischen Seite vorgeworfen, wie etwa in dieser Ansprache am 7. Dezember 2022: »Im Allgemeinen sind die Grausamsten vielleicht diejenigen, die aus Russland stammen, aber nicht der russischen Tradition angehören, wie die Tschetschenen, die Burjaten und so weiter.«⁴

Nun gibt es unterschiedliche Versuche, das Verhalten des Papstes zu erklären: Er möchte die katholischen Gläubigen in Russland schützen, denn eine päpstliche Verurteilung des Putin-Regimes würde Repressalien gegen sie auslösen; unter vatikanischen Beamten genieße die ROK mit ihrer theologischen und liturgischen Tradition einen hohen Respekt, weswegen man keine kritischen Aussagen gegen Kyrill macht; schließlich verstehe der aus Lateinamerika stammende Franziskus die europäischen Gegebenheiten nicht (analog zu der Unkenntnis bei Johannes Paul II. des lateinamerikanischen Kontextes, woraus sein unangemessen hartes Vorgehen gegen die Befreiungstheologie resultierte). Ob damit die Ambivalenz der päpstlichen Aussagen hinreichend erklärt wird, bleibt fraglich.

IV.

Wenn wir eine friedensethische Antwort auf die Frage nach dem Umgang mit dem russischen Angriffs- und Vernichtungskrieg gegen die Ukraine finden wollen, sollten wir meines Erachtens von den Prinzipien von Solidarität, Vertrauen und Verhandeln, die ich zu Beginn angesprochen habe, ausgehen. Ich fürchte allerdings, dass in der jetzigen Situation eine vollständige Umsetzung dieser Prinzipien noch nicht möglich ist. Sie müssen aber als Zukunftsperspektive aufrechterhalten bleiben. Zwei Fragen sind jedoch stets dabei zu bedenken: Wie lässt sich eine auf Solidarität, Vertrauen und Verhandeln basierte Friedensethik konstruieren, ohne dass die Opfer dafür mitverantwortlich gemacht werden, dass sie Gewalt erfahren? Wie lässt sich eine solche Friedensethik konstruieren, ohne dass die Opfer unter Druck gesetzt werden, Kompromissen zuzustimmen, die für sie inakzeptabel sind?

Anmerkungen:

¹ Wissenschaftler rufen ÖRK zur Suspendierung der Mitgliedschaft der ROK auf: www.noek.info/hintergrund/2532-wissenschaftlern-rufen-oerk-zur-suspendierung-der-mitgliedschaft-der-rok-auf

² Erklärung der Deutschen Bischofskonferenz zum Krieg in der Ukraine https://www.dbk.de/fileadmin/redaktion/diverse_downloads/presse_2022/2022-034a-Anlage1-FVV-Vierzehnheiligen-Presserbericht_Ukraine-Erklaerung.pdf

³ Papst zum Ukraine-Krieg: »Der Krieg ist ein Irrtum und ein Horror« www.tagesschau.de/ausland/europa/papst-appell-krieg-101.html

⁴ Papst vergleicht Ukraine-Krieg mit Nazi-Verbrechen: »Geschichte wiederhole sich« www.fr.de/politik/papst-ukraine-krieg-nazi-verbrechen-geschichte-wiederhole-russland-putin-91962787.html



Der Kampf David gegen Goliath

Prof. Dr. Klara Butting, Leiterin des Zentrums für biblisch-politische Bildung Woltersburger Mühle, einem Friedensort der Hannoverschen Landeskirche, und Mitherausgeberin der Zeitschrift »Junge Kirche«

Auf der Münchener Sicherheitskonferenz hat der ukrainische Präsident Selenskyj die Situation in der Ukraine als Kampf Davids gegen Goliath beschrieben. Von dieser Geschichte möchte ich bei meinem Überlegungen ausgehen. Nicht weil die Geschichte uns sagen kann, was heute ansteht. So funktioniert das nicht. Die Bibel nimmt uns das Nachdenken nicht ab. Aber vielleicht können die alten Erfahrungen uns beim Nachdenken helfen.

Die Erzählung von David und Goliath ist eine Ermutigungsgeschichte in völliger Asymmetrie. Die Überlegenheit der Aggressoren besteht in ausgebildeten und hochgerüsteten Söldnern wie Goliath. Die Hoffnung, dass die Schwachen den Starken nicht rettungslos ausgeliefert sind, nimmt in David Gestalt an. Doch trotz der klaren Parteilichkeit hat die Erzählung ein selbstkritisches Interesse.

Als David, ein Hirtenjunge, der sich unter Israels Männern aufhält, weil er der Truppe Proviant gebracht hat, erklärt, dass er den Kampf wagen will, rüstet König Saul ihn aus. Mit Schwert und Helm und Panzer. Aber David kann in der Rüstung nicht gehen und zieht alles wieder aus. Er geht mit Stein und Schleuder.

Mit Blick auf die Verteidigung wird der Weg der militärischen Aufrüstung explizit als unbegehr abgelehnt. Die Erzählung legt dann auch besonderen Wert darauf, dass Goliath ohne Schwert getötet und dann mit seinem eigenen Schwert enthauptet wird. Der militärisch auferüstete Feind geht letztendlich an seiner eigenen Aufrüstung zu Grunde.

Die Adressat*innen, denen diese rüstungskritische Auseinandersetzung gilt, werden benannt. Es sind die eigenen Leute:

»Diese ganze Versammlung Israel soll erkennen, dass der EWIGE nicht durch Schwert oder Speer rettet« (1. Samuel 17,47).

Was kann die Erzählung von David und Goliath für unser Nachdenken über den Krieg in der Ukraine beitragen?

Es geht – das finde ich wichtig – nicht darum sie eins zu eins zu übertragen, sondern geschehen zu lassen, dass die Erzählung eine Unterbrechung bewirkt. Die Geschichte öffnet einen Raum für Phantasie, wo Empörung über Unrecht und Übermacht im Kopf Alternativlosigkeit schafft. Im aktuellen Konflikt denke an Sätze wie: Russland hat den Krieg begonnen, Russland muss seine Truppen aus dem Gebiet der Ukraine zurückziehen. Einschließlich der Krim. Es gibt keinen anderen Weg, denn das wäre Kapitulation vor der Aggression Russlands. Die völkerrechtliche und moralische Legitimität dieses Kriegsziels – vollständigen Wiederherstellung der Souveränität und der territorialen Integrität der Ukraine – verstärkt noch das Gefühl der Ausweglosigkeit. In dieser Situation der Empörung schafft die Erzählung von David und Goliath einen Gegenraum. Ohne die Asymmetrie zwischen Angegriffenen und Aggressoren zu verwischen, fordert sie die angegriffene Seite heraus, über die Begrenzung und Unterbrechung von Gewalt und über Deeskalation nachzudenken.

Nun sind wir nicht in der Ukraine, wir können die Menschen in der Ukraine nicht vorschreiben, was sie denken sollen, aber wir haben eine Verantwortung, über unser Denken, Reden und Tun nachzudenken.

Was heißt die in unserer Situation uns, die Gewaltspirale unterbrechen:

Ich wage also einige Konsequenzen:

- wir müssen dem Narrativ widersprechen, dass der Krieg bis zur vollständigen Wiederherstellung der Souveränität und der territorialen Integrität der Ukraine geführt werden muss.

Wenn die Ukraine auf der Wiederherstellung ihrer territorialen Integrität besteht, ist das eine Sache

- aber wenn hier bei uns die Rede ist von einer militärischer Unterstützung bis zum vollständigen Sieg der Ukraine, dann müssen die gewalteskalierenden Konsequenzen dieser Rede offengelegt werden. Eine Einnahme der Krim geht nur unter Beteiligung der Nato. Es ist ein Unterschied, ob – wie bisher noch Kanzler Scholz – die Rede davon ist, die Ukraine darf

- nicht verlieren, oder sie muss Russland besiegen.
- d.h. wir müssen auf die Sprache achten, und entlarven, wo die Sprache vorbereitet, dass wir in eine Eskalation des Krieges, sprich in einen Krieg mit Russland schlafwandeln.
 - d.h. aber, und dass finde ich einen ganz wichtigen Punkt wir dürfen uns in der Kirche nicht durch grundsätzliche ja-nein Schemen wie z.B. Waffenlieferung ja oder nein, spalten lassen
 - sondern jetzt (!) der Lieferung von Offensivwaffen wie Kampfjets entgegentreten, was durch Polen und die Slowakei vorangetrieben wird,
 - jetzt verhindern helfen, dass rote Linien zu einer Eskalation des Krieges überschritten werden
 - und jetzt für sofortige Waffenstillstandsverhandlung eintreten.

Die biblische Gottheit und der Krieg

Von zentraler Bedeutung in der Konfrontation zwischen David und Goliath ist der Satz: »Des EWIGEN ist der Krieg« (V. 47) Der Satz klingt zunächst schrecklich, weil immer wieder bis in die Gegenwart Gott herhalten muss für die Legitimation eines Krieges, obwohl Kriege geführt werden, weil Menschen sich davon politische und ökonomische Vorteile versprechen. Das war auch in biblischen Zeiten so.

Doch hört man den Satz in seinem Kontext, heißt er zu Ende gesprochen: »Des Ewigen ist der Krieg, nicht der Menschen«. Die Pointe des Satzes ist, dass Waffen nicht retten. Gott erklärt Krieg und Gewalt zu seinem Arbeitsgebiet, um das Recht des Stärkeren zu durchbrechen und das gerecht geordneten Miteinanderleben der Menschen zu schützen.

Gewalt wehren und Ohnmacht schützen ist einer der roten Fäden unserer Glaubensüberlieferung, von der Befreiung aus Ägypten bis zur Offenbarung des Johannes, der den Untergang des römischen Imperiums sieht. Gott streitet für Israels Befreiung, wobei die Truppenstärke Israels keine Rolle spielt und ganz klar ist, dass Gott nicht bei den stärkeren Bataillonen ist.

Dieser rote Faden beginnt mit dem Schöpfungslied am Anfang der Bibel. Das Schöpfungslied geht einen anderen Weg als die altorientalischen Schöpfungsmythen, die den Gewaltkreislauf ver-

ewigen, wie zum Beispiel der babylonische Mythos vom Schöpfergott Marduk, der Himmels und Erde in einer Gewaltorgie erschafft, indem er tötet und aus der Leiche der Muttergöttin Himmel und Erde formt. Nach biblischer Überzeugung entsteht Neues nicht durch Gewalt, sondern durch Sprechen.

Gott sprach: »Es werde Licht, und es ward Licht«. Auch »angesehen werden« gehört zu den Verben, die in dem Schöpfungslied immer wieder kehren und eine wichtige Rolle spielen. »Gott er sah das Licht, dass es gut war.« Denn Leben entsteht durch Zuwendung. Genauso »trennen«, denn Leben soll geschützt und behütet werden, und schließlich »beim Namen gerufen werden«. Denn mit dem Namen bekommen wir eine Bedeutung für andere und für Gottes Geschichte.

Diese Verben »sprechen, sehen, trennen, beim Namen nennen« deuten ein Geschehen an, in sich das »Schaffen« Gottes ereignet, ein Tun, das die Bibel einzig für Gott reserviert. Etwas Neues wird. Nicht das Alte erhebt sich aus Blut und Leichen mit neuem Anstrich. Nein! Leben, gutes Miteinander Leben ohne Blutvergießen wird in der Begegnung geboren, im Sprechen, im Angesprochen werden, im Angesehen werden und im Hineingerufen werden in Gottes Lebensbewegung.

Dabei ist die Bibel ist sehr realistisch, was die Gewaltverhältnisse angeht. Eine Gewaltspirale ist in Gang, die alles Leben korrumpiert und alles Lebendige bedroht. In diesem Ausgeliefertsein alles Lebendigen an Gewalt und Tod schreibt die biblische Überlieferung der biblischen Gottheit eine Kraft zu, die den mythischen Gewaltkreislauf durchbricht. D.h. die Friedensvision, mit der die Bibel beginnt, beschreibt weder unsere Realität, noch die Realität in biblischen Zeiten. Aber diese Friedensvision erzählt von der schöpferischen Kraft des Gottes, auf den wir immer noch hoffen und dem wir auch unter den Bedingungen von imperialen Weltherrschaftsansprüchen Gestaltungsmacht zutrauen.

Glauben wir das? Können wir das glauben? Glauben wir, dass der Gott, dem wir uns anvertrauen, den Gewaltkreislauf durchbricht? Oder glauben wir, dass wir Gewalt nur mit Gewalt bestreiten können – weil Gewalt am Ende doch das Lebensgesetz ist?

Deshalb ist angesichts dieser Gewaltausbruch, den der russische Angriffskrieg darstellt, gerade auch die Theologie herausgefordert. D.h. bei der Dis-

kussion um Friedensethik, die in der Kirche begonnen hat, muss es auch um Friedenstheologie gehen. Denn die Position der Kirche kann nicht sein, zu sagen

- dass Gewalt nun mal zum Leben dazu gehört,
- dass es auf diesem Planeten den umfassenden gerechten Frieden niemals geben wird,
- dass es nun mal den Himmel auf Erden nicht gibt.
- Usw. usw. all diese Sätze die festschreiben, dass und warum wir mit Gewalt leben müssen.

Uns als Kirche macht es auch, dass wir die biblische Gottheit bekennen, die den Gewaltkreislauf in dieser Welt durchbricht und unterbrechen will. Der Friede Gottes kommt und wirkt unter uns. Und wir sind in diese Friedensbewegung Gottes hineingerufen.

Ich sehe es deshalb als unsere Aufgabe als an,

- Räume, in denen wir lernen die Anfechtung, die die Gewaltrealität für unsere Hoffnung ist, auszuhalten, ohne die Verheißung einer gewaltfreien Erde preiszugeben.
- Räume, in denen das Lebensgefühl, der Gewalt alternativlos ausgeliefert zu sein, unterbrochen wird.

Das Schwert Goliaths

Die Geschichte von David und Goliath ist nicht pazifistisch. Besonders merkwürdig ist der Schlusssatz. »David aber nahm den Kopf des Philisters und brachte ihn nach Jerusalem; seine Waffen legte er in sein Zelt« (54). Folgt man der Chronologie der Erzählung, vergehen noch Jahre, ehe Jerusalem Landeshauptstadt wird. D.h. plötzlich springt die Erzählung in eine Zeit, in der David in Jerusalem König ist über Israel und Ju-

da. Dort legt er die Waffen Goliath in »sein« Zelt. In wessen Zelt? Ist vom Zeltheiligtum Gottes die Rede, oder legt uns die Erzählung am Ende wie einen Floh die Frage ins Ohr, was passiert eigentlich, wenn David die Waffen Goliath bekommt?

Tatsächlich nimmt David im Verlauf der Erzählung das Schwert Goliaths an sich. David ist hungrig und unbewaffnet auf der Flucht vor Saul und bekommt von einem Priester geheiligtes Brot und das Schwert Goliaths.

Was bedeutet das, wenn David das Schwert Goliaths bekommt?

Vor dem Hintergrund dieser Frage wird die Bedeutung der Geschichte vom Kampf gegen Goliath noch einmal klar. Sie wird als eine kritische Note festgehalten und weitererzählt auch gegen die eigene Geschichte. Das ist ganz typisch für die Bibel.

Die biblische Überlieferung widerspricht fundamental dem Anspruch, zu den Guten zu gehören – eine Haltung die im Moment bis in unser Außenministerium die Diskussion um den russischen Angriffskrieg so schwer macht. Gerade angesichts dieser Situation ist uns die selbstkritische Prüfung mit der kostbaren biblischen Überlieferung aufgegeben:

- Wie sind wir – »der Westen«, »die Nato« – an dem Konflikt und der Gewalteskalation beteiligt,
- was können wir tun, sie zu beenden.

Die Bibel ist ein Diskussionsraum, indem wir herausgefordert werden, in jeder Situation immer neu zu fragen,

- was heißt: dem Sieg der Gewalt nicht glauben?
- Was heißt es, sich zu Gewaltbegrenzung herausfordern zu lassen? 

Zwiesgespräch Völkerrecht – aus der Sicht einer ukrainischen Nichtregierungsorganisation

Arie Mora, Anwalt der Nichtregierungsorganisation Ukrainian Legal Advisory Group (ULAG), Kiew, Ukraine

How Ukrainians received the news about the ICC arrest warrant

Overwhelmingly positive, as this is the first decision by the ICC or any official institution regarding individual responsibility of Russian leadership for crimes committed in Ukraine. Even though it is not a court decision, but an arrest warrant, it manifests a serious development and result of an investigation conducted by the ICC. While it is a relatively rapid development when it comes to first arrest warrant since the launch of the investigation, Ukrainian people have been facing the conflict since 2014, and therefore have been hoping for this kind of news for quite some time.

The justice architecture and accountability gaps

1. The ICC is a court of last resort that complements the domestic system and other efforts in ensuring justice for a particular situation. The Court does not replace the state's efforts, and steps in when the country is unable or unwilling to ensure justice. Particularly, the top perpetrators.

It also has many situation to deal with, while having scarce resources. Various stakeholders have been advocating for a bigger budget on the Court, and while it was increased in the end of year 2022, the raise wasn't sufficient according to the opinion of most advocates in the field (increase of 12% instead of 20% suggested). Therefore, given the nature of the Court and the circumstances it operates under, the **ICC will only take a handful of cases.**

2. The rest lays on the shoulders of the domestic system, as well as other justice mechanisms, such as investigations within national jurisdictions of other countries under the principle of universal jurisdiction. Ukrainian domestic justice system has been overwhelmed with the scale and magnitude of alleged conflict-related crimes committed, having scarce resources and lack of skills and knowledge to work with this type of cases.

This means that it is very likely that there will be a substantial number of cases that risk being **not considered at all**, or that the proceedings will be of low quality and **not up to the standards of due process.**

In its recent report the UN Independent Commission of Inquiry on Ukraine recommends Ukraine »taking into account both the enormous case load and limited resources develop an investigatory and prosecutorial strategy, which will prioritise cases on the basis of clear criteria and ensure due process and transparent monitoring«

The domestic system needs strengthening, however at this point regular consultations, training and exchange of experience are not going to be enough to address such a burden to a sufficient extent in a foreseeable future.

3. Crime of Aggression

Another, more well-covered and probably obvious gap, is a crime of aggression. The ICC can't consider it in the context of the Russian aggression against Ukraine, given that none of the above mentioned states has ratified neither the Rome Statute itself, nor the Kampala amendment, which are the requirements for the Court to have jurisdiction over the crime in a particular situation.

Any other existing fora would not have sufficient grounds to overcome personal immunities from prosecution that the alleged perpetrators enjoy, unless Russia as a state does not prosecute them itself or waves the immunity with respect to a particular suspect. Unless it is a special mechanism with a sufficient international element to ensure its legitimacy, and therefore overcome immunities. Although it is still an open question as to what would be considered enough to do so.

4. To fill these gaps, we believe the following steps need to be taken into account:

■ **There's a need for a special justice mechanism that would complement existing efforts.** Many have heard of an idea of a Special Tribunal for Crime of Aggression. However, we believe,

that to address all the gaps mentioned above properly, any special mechanism (or mechanisms) should eventually have mandate over all grave crimes.

■ **Hybrid justice and accountability mechanism**

– one that has both national and international elements to it – could be the best option to achieve:

- a) necessary legitimacy to overcome immunities via the proper international element
- b) competence and experience to consider grave crimes in due manner
- c) having Ukrainian context heard and taken into consideration
- d) increase in long-term capacity of the domestic system thanks to the close cooperation of domestic and international investigators, prosecutors and judges

In its core both the international and hybrid mechanisms can be potentially »international« enough in its nature to meet the legitimacy requirements or struggle with this issue, depending on the model and design of the mechanism.

■ **Any option should complement and strengthen the ICC**, and not contradict or weaken it. Even if a special mechanism that would have mandate over crime of aggression is established, the steps to enable the ICC to consider the CoA must be taken as soon as possible. This is the only way to build sustainable international justice system that would be resilient to political incentives and issues of selectivity.

D

Zwiesgespräch Völkerrecht – aus der Perspektive des Friedenssicherungsrechts

Prof. Dr. Hans-Joachim Heintze, Institut für Friedenssicherungsrecht und Humanitäres Völkerrecht der Ruhr-Universität Bochum

Die Aggression gegen die Ukraine und die Weltorganisation der Vereinten Nationen

Während des Zweiten Weltkrieges reifte bei den Staaten der Anti-Hitler-Koalition die Erkenntnis, dass ein schneller Sieg über das faschistische Deutsche Reich nur durch die gemeinsamen Anstrengungen der Alliierten möglich ist. Sie setzten diese Erkenntnis um und überwandern letztendlich in einem fünfjährigen Krieg Nazideutschland und Japan. Die Alliierten waren sich ihrer unterschiedlichen Auffassungen über die Staatsordnungen und die Demokratie bewusst – insbesondere die markanten Bemerkungen Churchills während und nach dem Krieg machen dies sehr anschaulich –, stellten die Differenzen aber zurück, um die Feinde der Menschheit in Berlin und Tokio zu überwinden.

Gleichzeitig stellte sich für die Alliierten aber die Aufgabe, eine Nachkriegsordnung aufzubauen, die künftige Generationen vor der Geißel des Krieges bewahren sollte (so die Präambel der UNO-Charta). Dazu schufen sie eine Weltorganisation, die UNO. Sie sollte in zwei Richtungen universell sein: Zum einen sollten alle Staaten Mitglied werden und zum anderen sollten alle Fragen der internationalen Beziehungen dort behandelt werden können. In das Zentrum der Arbeit der Organisation wurde das Verbot der Anwendung militärischer Gewalt gestellt. Alle Streitigkeiten zwischen den Staaten sollten ausschließlich mit friedlichen Mitteln geregelt werden. Diesbezüglich kann eingewendet werden, dass bereits der Vorläufer der UNO, der Völkerbund, ebenfalls der friedlichen Streitbeilegung den Vorrang vor der Gewalt eingeräumt hatte. Allerdings kannte die Satzung des Völkerbundes kein Verbot der Gewaltanwendung, sondern ließ sie erst zu, wenn die Verhandlungen zwischen den Streitparteien zwar versucht, aber erfolglos waren. Dies wurde allgemein als ein zu schwacher Friedenssicherungsmechanismus angesehen, so dass sich Frankreich und die USA entschlossen, einen bilateralen Vertrag über ein generelles Gewaltverbot abzuschließen. Dieser ging 1928 als Briand-Kellogg-Pakt (benannt nach den beiden Außenministern) in die Geschichte ein und erregte eine so große internationale Zustimmung, dass alle Großmächte der damaligen Zeit diesem Ver-

trag beitraten, darunter auch das Deutsche Reich, das ein Jahrzehnt später eklatant dagegen verstieß und den Zweiten Weltkrieg auslöste.

Belegt dies die Sinnlosigkeit von völkerrechtlichen Verträgen? Keineswegs. Es zeigt aber, dass sich das Völkerrecht grundsätzlich vom nationalen Recht unterscheidet, und zwar im Hinblick auf die Entstehung und die Durchsetzung. Es entsteht nicht durch die Rechtsetzung eines Parlaments, sondern durch Vereinbarung der Staaten. Diese Vereinbarung ist notwendig, weil die Staaten anders als die Bürger eines Landes souverän sind. Dieser Vereinbarungscharakter bedingt auch, dass das Völkerrecht freiwillig durchgesetzt wird. Dies erfolgt tausendfach, da die Staaten natürlich solchen Verträgen beitreten, die ihren Interessen entsprechen. Allerdings kann sich bei einigen Kategorien von Verträgen die Notwendigkeit ergeben, auch Durchsetzungsmechanismen zu schaffen. So wird bei Abrüstungsverträgen in der Regel auch ein Kontrollmechanismus vereinbart, um sicherzustellen, dass die nationale Sicherheit nicht durch eine einseitige Abrüstung gefährdet wird. Diese Notwendigkeit der Erzwingung der Durchsetzung bestimmten Verhaltensweisen von Staaten ergibt sich auch hinsichtlich des Verbotes der Androhung und Anwendung von Gewalt in den zwischenstaatlichen Beziehungen. Dies belegt das Scheitern des Briand-Kellogg-Pakts, der eben über keinen Mechanismus zur Durchsetzung verfügte. Deshalb haben die Autoren der UNO-Charta in das Dokument ein analoges Gewaltverbot festgeschrieben, aber, und das ist der entscheidende Unterschied, mit einem Durchsetzungsmechanismus versehen.

Der Durchsetzungsmechanismus ist die Schaffung des UNO-Sicherheitsrates, der bei Bedrohungen und Verletzungen des Friedens mit Zwangsmaßnahmen gegen den Friedenstörer gemäß Kapitel VII UNO-Charta vorgehen kann.

UNO-Sicherheitsratsrat trägt die Hauptverantwortung für weltweiten Frieden

Die UNO ist ein Produkt des Zweiten Weltkrieges, denn die Hauptsiegermächte hatten es sich zum Ziel gesetzt, zukünftige Kriege zu verhindern. Damit hatten sie sich auch bereit erklärt, Verant-

wortung zum Erreichen dieses Zieles zu übernehmen. Dies ist vor dem historischen Hintergrund bedeutsam, denn der nach dem Ersten Weltkrieg auf Initiative der USA geschaffene Völkerbund war nicht in der Lage, tatsächlich seinen Aufgaben bei der Friedenssicherung gerecht zu werden. Eine Ursache bestand darin, dass zu keiner Zeit alle Großmächte der damaligen Zeit in der Organisation vertreten waren. So lehnten die USA eine Mitgliedschaft ab, Deutschland trat aus als Sowjetrußland Mitglied wurde.

Diese Erfahrung veranlasste die Gründer der UNO, den fünf größten Siegermächten eine besondere Stellung einzuräumen, indem sie zu Ständigen Mitgliedern des UNO-Sicherheitsrates wurden. Dieser Rat sollte den internationalen Frieden sichern und bei Verletzungen der UNO-Charta nötigenfalls auch mit Zwangsmaßnahmen einschreiten. Um sicherzustellen, dass die Großmächte diese Verantwortung übernehmen, wurde ihnen ein Mechanismus zur Wahrung ihrer legitimen Interessen eingeräumt, der darin besteht, dass sie jede den Frieden betreffende Entscheidung des Rates durch ein Veto verhindern können. Die fünf Großmächte mussten sich einig sein, um in einen Konflikt einzugreifen. Allerdings reicht ihre Einigkeit nicht aus, denn das Sicherheitsrat besteht nicht nur aus ihnen, sondern aus (heute) weiteren zehn nichtständigen Mitgliedern, die aus dem Kreis der fünf Regionalgruppen in der UNO durch die Generalversammlung gewählt werden. Schließlich brauchen die Ständigen Mitglieder die Zustimmung vier Nichtständiger Mitglieder, um zu einer verbindlichen Entscheidung über Zwangsmaßnahmen gegen den Friedensstörer zu kommen.

Dieser Mechanismus wird heutzutage vielfach kritisiert, denn die Praxis hat gezeigt, dass die fünf Großmächte immer wieder ihr Vetorecht missbrauchten, um ihre nationalen politischen Interessen zu schützen. Zudem wird eingewendet, dass diese Sonderstellung der fünf Großmächte dem Rechtsprinzip der souveränen Gleichheit widerspreche. Dieses Argument zieht aber rechtlich nicht, weil die UNO-Charta ein Vertrag ist, dem die Staaten freiwillig beigetreten sind. Mit dem Beitritt wurden die Regeln der Charta anerkannt. Diese Regeln können verändert werden, allerdings braucht man dafür die Ratifikation der Veränderung durch die Mehrheit der Mitgliedsstaaten, unter ihnen die fünf Großmächte. Also haben die Fünf auch diesbezüglich eine Art »Veto«.

Das Abstimmungsverhalten im Sicherheitsrat erregte seit jeher immer wieder Kritik und Vielzahl von kleineren und nichtpaktgebundenen Staaten. Insbesondere seit der Jahrtausendwende wird von vielen Staaten immer wieder die Frage aufgeworfen, ob die Zusammensetzung des Sicherheitsrates nicht modernisiert werden müsste, um die Veränderungen der letzten Jahrzehnte auch in der Weltorganisation umzusetzen. Diskutiert wurde, ob nicht die Zahl der Ständigen Mitglieder vergrößert werden müsse, um auch Lateinamerika, Asien und Afrika dort repräsentiert zu wissen. Zudem sollten auch die beiden nach den USA am meisten für das UNO-Budget zahlenden Staaten Japan und Deutschland ständig dem Rat angehören. Diese Ideen wurden diskutiert, fanden allerdings nicht die Zustimmung der regionalen Gruppen. Daher blieb alles beim Alten, was aber zur Schaffung neuer Herausforderungen der Weltorganisation führte. Insbesondere sind hier die Brics-Staaten (China, Russland, Südafrika, Brasilien, Indien) zu nennen, die das Erstarken der westlichen Staaten und deren Wertordnung in der UNO kritisch sehen und sich deshalb einen eigenen Organisationsrahmen schaffen

Herausforderung Ukrainekrieg

Die russische Aggression gegen die Ukraine traf die Weltorganisation unvorbereitet, denn nach verbreiteter Meinung schienen Kriege in Mitteleuropa angesichts der intensiven wirtschaftlichen Verflechtungen der Staaten widersinnig. Umso größer war der Schock, dass mit der Russischen Föderation ein Ständiges Mitglied des Sicherheitsrates gegen die grundlegende Norm des Verbotes der militärischen Gewaltanwendung verstieß und einen Aggressionskrieg begann. Nun ist das kein einmaliger Vorgang, auch die USA schreckten in der jüngsten Vergangenheit nicht davor zurück, durch ihre Intervention in Nicaragua für ein Wiederaufleben der Monroe-Doktrin zu sorgen und unter Berufung auf Lügen den Irak mit Waffengewalt in ein Chaos zu stürzen. Dennoch ist das russische Vorgehen besonders verwerflich, weil sich Russland, die USA und Großbritannien 1993 im Rahmen der OSZE in Budapest verpflichtet hatten, die territoriale Integrität der Ukraine zu garantieren. Die drei Staaten hatten sich seinerzeit zu dieser Selbstverpflichtung entschlossen, weil die Ukraine dem Atomwaffensperrvertrag beigetreten war und die auf ihrem Gebiet stationieren vormaligen sowjetischen Atomwaffen an Russland zurückgegeben hatte. Nun also dieser doppelte Vertragsbruch, auf den die Weltorganisation reagieren musste. Hinzu kommt, dass die

russische Erklärung seines Vorgehens absurd ist, denn demnach führe die russische Armee keinen Krieg, sondern eine militärische Operation zur Bekämpfung des ukrainischen Faschismus.

Angesichts dessen wurde die russische Aggression auf die Tagesordnung des Sicherheitsrates gesetzt und ein Resolutionsentwurf zur Verurteilung dieses Aktes und der Forderung nach einer sofortigen Beendigung des Krieges eingebracht. Allerdings verhinderte Russland durch sein Veto die Annahme. Daraufhin beschloss der Rat die Einberufung einer Notstandstagung der Generalversammlung. Der Rat konnte eine solche Entscheidung treffen, weil es sich hierbei um eine Verfahrensfrage handelt und bei solchen Resolutionen langt die Stimmenmehrheit aus und das Vetorecht greift nicht. Eine erste Notstandsondertagung wurde 1950 einberufen, weil nordkoreanische, chinesische und russische Truppen in Südkorea eingefallen waren und fast das ganze Land besetzt hatten. Der Sicherheitsrat konnte nicht tätig werden, weil die Sowjetunion seit Wochen nicht mehr zu den Sitzungen des Sicherheitsrats erschienen war. Die sowjetische Abstinz wurde damit begründet, dass der Ständige Sitz Chinas im Sicherheitsrat durch Taiwan eingenommen worden war, aber nach Moskaus Einschätzung Peking zustünde. Das sowjetische Vorgehen führte zur Handlungsunfähigkeit des Rates, und das angesichts eines tobenden Krieges. Folglich veranlassten die USA die Generalversammlung zur Annahme der Resolution *Uniting for Peace*, die es gestattete, dass die Generalversammlung sich mit dem Konflikt beschäftigte und UNO-Truppen nach Südkorea entsendete. Dieser Mechanismus von 1950 wurde am 2.3.2022 erneut angewendet, so dass die Generalversammlung die Resolution A/ES-11-11/1 zur Verurteilung der russischen Aggression mit einer überwältigenden Stimmenmehrheit von 141 Staaten annahm. Nur fünf Staaten stimmten mit Russland gegen die Resolution. Zweifellos eine erhebliche diplomatische Ohrfeige für Russland. Allerdings muss bedenklich stimmen, dass sich 35 Staaten, darunter China, Indien und Brasilien der Stimme enthielten, die russische Aggression somit nicht klar verurteilten. Es folgten weitere Resolutionen zu den humanitären Konsequenzen der Aggression für die Ukraine (A/RES/ES-11/2), zur Suspendierung der russischen Mitgliedschaft im Menschenrechtsrat, zur territorialen Integrität der Ukraine, zu den Reparationen an die Ukraine und zu den anzustrebenden allumfassenden Frieden für die Ukraine. Zweifellos entsprechen die Forderungen der Resolutionen dem Völkerrecht und sind daher zu begrüßen.

Da sich der Sicherheitsrat wegen der russischen Vetomacht nicht mit der Ukraine-Aggression befassen konnte, kam der Friedenssicherungsmechanismus der UNO nicht zur Anwendung. Er besteht darin, dass der Rat in einem solchen Falle nach Art. 39 UNO-Charta zu der Feststellung kommen müsste, dass hier ein Bruch des internationalen Friedens vorliegt. Die Konsequenz wäre, dass nichtmilitärische Sanktionen nach Art. 41 verhängen werden könnten. Sie schließen alle nicht-militärischen Maßnahmen wie z.B. die Unterbrechung der Kommunikation, Wirtschaftsboykotte etc. ein. Sollten diese Sanktionen den Rechtsverletzer nicht zum Einlenken veranlassen könnten auch militärische Maßnahmen nach Art. 42 ergriffen werden. Freilich, durch die russische Stellung im Sicherheitsrat kann dieses Kapitel VII der UNO-Charta, das dem Rat »Zähne« verleiht, nicht angewendet werden. Wichtig ist, dass solche UNO-Sanktionen für alle Staaten verbindlich sind, d.h. die Staaten müssen den Sanktionen nicht zustimmen, sondern sie müssen sie befolgen. Allerdings, die Praxis zeigt, dass Sanktionen kein Allheilmittel sind. So hat der Sicherheitsrat schon seit Jahren Sanktionen gegen Iran und Nordkorea beschlossen, ohne dass dies zu einer Verhaltensänderung dieser menschenverachten Regime geführt hätte. Zu konstatieren bleibt, dass der Sicherheitsrat im Moment hinsichtlich des russischen Krieges handlungsunfähig ist.

Völkerrecht, UNO und Diplomatie

Unter der Führung des Westens wurde eine Koalition von etwa 140 Staaten geschaffen, die in der Generalversammlung eine klare Verurteilung des russischen Vorgehens und eine Rückkehr zu einem völkerrechtsgemäßen Handeln fordern. Dass diese Koalition zustande gekommen ist, ist zweifellos ein Erfolg, denn immerhin geht es um das Handeln einer militärischen Großmacht mit einer nuklearen Überrüstung. Hinzu kommt, dass die westlichen Staaten und die EU Sanktionen gegen Russland beschlossen haben, die insbesondere auf eine Verhinderung weiterer finanzieller Einnahmen Russlands hinauslaufen. Die Sanktionen sind für aber nicht nur für Russland, sondern auch für den Westen und die ganze Welt schmerzhaft. Dass man sich der Dienste der Türkei als Vermittler für die Ermöglichung von ukrainischen Getreidelieferungen an die afrikanischen Staaten bedienen musste, zeigt, dass nicht alle Konsequenzen des Handelsboykotts bedacht wurden. Auch muss zur Kenntnis genommen werden, dass Sanktionen nicht schnell wirken und für alle Staaten einen erheblichen finanziel-

len Aufwand mit sich bringen, denn traditionelle und vorteilhafte Wirtschaftsbeziehungen wurden über Nacht gekappt. Die Konsequenzen werden Rechtsanwaltskanzleien noch über Jahre beschäftigen.

Dennoch, Sanktionen sind legitime Druckmittel. Bedenklicher ist, dass die bestehende Welt-Rechts-Ordnung ins Wanken kommt. Die Bedeutung und Akzeptanz der UNO geht zurück. Immer deutlicher wird die Kritik am Sicherheitsrat. Es gibt Versuche der Generalversammlung, einen Mechanismus zu installieren, wonach die ständigen Mitglieder des Rates verpflichtet sein sollen, zu erklären, weshalb sie ein Veto eingelegt haben. Gefordert wurde auch, die Verfahrensordnung des Rates zu ändern, um Russland nicht den periodischen monatlichen Vorsitz des Sicherheitsrates zuzugestehen. Solche hilflosen politischen Vorstöße wird es auch weiterhin geben. Sie sind aber letztlich nur politischer Aktionismus zur Freude der Journalisten. Zu bedenken ist allerdings die Gefahr, die von der Kritik an der

Weltorganisation ausgeht. Es stimmt, die UNO ist nicht perfekt, sondern eine politische Institution. Gleichwohl, es gibt keine andere, die alle höchst unterschiedlichen Staaten der Welt zusammenbringt und eine Art Koexistenz ermöglichen kann.

Es muss die Kunst der Diplomatie sein, die den Fortbestand der Organisation sichert, und zwar nach dem Motto »to agree, to disagree«. Ja, die Staaten haben unterschiedliche Auffassungen, sind sich aber einig, praktische Fragen im Interesse der Menschen gemeinsam anzugehen. Anerkennen müssen wir alle, dass das Völkerrecht der Souveränität der Vergangenheit angehört. Stattdessen wird ein Völkerrecht der Solidarität gebraucht, das weltweite Herausforderungen wie den Klimawandel angeht. Die Menschheit ist in Gefahr und steht vor einer globalen Herausforderung wie seinerzeit die Alliierten, die einen Weltkrieg gegen die Achsenmächte kämpfen mussten. Diese Aufgabe war nur gemeinsam zu bewältigen. Zu dieser Gemeinsamkeit muss die Staatengemeinschaft im Rahmen der UNO zurückfinden. **D**

Vorbemerkung zum Gespräch mit Dr. Andrei Lavruhin

Um das Gespräch und die unterschiedlichen Positionen der beiden Gesprächspartner (Andrei Lavruhin und Johannes Varwick) strukturieren zu können, bekamen die beiden Referenten die Fragen vorab zugeschickt. Während der Veranstaltung sind wir diese dann durchgegangen. In den anderen Zwiesgesprächen gab es von beiden Beteiligten jeweils einen Input, der anschließend diskutiert wurde. Bei diesem Interview handelt es sich um eine Transkription des Gesprächs während der Veranstaltung, da keine Statements oder Inputs verschriftlicht wurden. Johannes Varwick wünscht keine Veröffentlichung des Gesprächs, weswegen nur die Antworten von Andrei Lavruhin abgedruckt werden können.

Zur Biografie von Andrei Lavruhin

Andrei Lavruhin wurde am 1. Dezember 1971 in Kemerovo, Russland geboren. In Minsk ist er zur Schule gegangen und absolvierte dort an der Belorussischen Staatlichen Universität von 1989-95 ein Philosophiediplomstudium. 2001 folgte die Promotion bei Prof. Dr. Anatolij Mikhailov zum Thema »Konzeption der Intentionalität: von deskriptiver Psychologie F. Brentanos zur früheren Phänomenologie E. Husserls« an der St.-Petersburger Staatlichen Universität (Russland).

Seit April 2022 ist er Forschungsdirektor des Instituts für Entwicklung und sozialer Markt in Belarus und Osteuropa (Vilnius, Litauen). Dem gin-

gen verschiedene berufliche Stationen an verschiedenen Hochschulen voraus, u.a. an der EHU Minsk, wo er unter anderem 13 Jahre lang am Lehrstuhl für Philosophie unterrichtet. Darüber hinaus war er von 2014-2022 Assistenz Professor an der Fakultät für Soziologie an der Nationalen Forschungsuniversität »Higher School of Economics« (HSE), Campus St. Petersburg in Russland sowie Gastwissenschaftler in einer Reihe deutscher Universitäten.

Außerdem ist er Experte im »Public Bologna Committee« (Minsk, Vilnius) – um die universitäre Ausbildung an die Standards und Werte der europäischen Hochschullandschaft anzugleichen und eine öffentliche Diskussion über die Weiterentwicklung der Hochschulausbildung anzustoßen.

In mehr als 80 wissenschaftlichen und populärwissenschaftliche Arbeiten setze er sich bisher mit Philosophie und der Soziologie des Wissens auseinander und hat zu Wissenschafts-, Erziehungs- und Innovations-Politik geschrieben.

Sein akademisches Interesse erstreckt sich von Erziehung, Wissenschaft, Innovation und Human-Kapital.

Neben Russisch – seiner Muttersprache – spricht er Belarus, Deutsch und Englisch.

Gespräch mit Dr. Andrei Lavruhin

Eine Schätzfrage – was meinen Sie persönlich – wie lange wird dieser Krieg noch dauern? Wochen, Monate oder Jahre?

Lavruhin: Ich würde diese Frage in zwei Teile teilen in eine latente und aktive Phase. Was die aktive Phase betrifft, kann es bis Ende dieses Jahres zu einer Art Frieden kommen. Mit den Einschränkungen, die Herr Varwick gerade dazu genannt hat, bin ich auch einverstanden. Der Krieg findet jedoch nicht nur in dieser aktiven Phase statt, sondern in Russland auch in einer latenten Form, die geprägt ist von den militärischen Stimmungen und Einstellungen, von der Militarisierung der Gesellschaft. Solange die nicht

gestoppt wird, wird der Krieg immer wieder aufflammen. Es würde nur eine kurze Friedens-Pause geben. Ich möchte daran erinnern, dass der erste Krieg des Regimes schon 1992 gegen Moldawien stattfand. Dann kam die nächste Phase mit dem Krieg gegen Georgien 2008. Zwischen diesen beiden Daten gab es bereits auch schon Konflikte um die Krim. Danach kam die Besetzung der Krim 2014 und jetzt der Krieg seit 2022. Das heißt, in Russland haben wir seit 30 Jahren sozusagen einen Kriegszustand. Und solange dieses Problem nicht gelöst ist, wird sich der latente Krieg in verschiedenen Formen immer weiterentwickeln.

Die aktive Phase dieses Krieges ließe sich stoppen, aber wie die latente Phase zu beenden ist, ist eine offene Frage. Und die Okkupation von Russland ist nicht möglich.

Welche Rolle spielt Belarus in der jetzigen Situation? Und wenn man die Unterscheidung zwischen Krieg und Konflikt aufnimmt, ist möglicherweise Belarus an entscheidender Stelle betroffen?

Lavruhin: Belarus ist in diesen Krieg involviert, bedingt auch durch den autoritären Herrscher Lukaschenko. Dieser Krieg war als kurzer Kriegszug von wenigen Tagen geplant. Nun dauert er bereits länger als ein Jahr. Aber wegen der ursprünglichen Planung hatte Belarus nicht geplant, sich daran zu beteiligen. Lukaschenko ist ein Anhänger Putins. Da der Krieg viel länger dauern wird als geplant, werden die Folgen auch negativ sein, auch unkalkulierbar und mit schrecklichen Folgen für sein Regime. Deswegen bemüht er sich, eine Distanz zu Russland aufzubauen und versucht, von sich den Eindruck zu erwecken, dass er widerwillig in diesen Krieg involviert ist und versucht seine Rolle als Schutz gegen den Westen zu entwickeln, nicht gegen Süden, also die Ukraine.

Es besteht aber nach wie vor die Möglichkeit, dass Belarus das Land ist, in dem der Dialog zwischen zwei brüderlichen Ländern weitergeführt werden kann. Natürlich ist die Rolle Belarus und Lukaschenkos sehr ambivalent, denn es gibt inzwischen 600 Politiker und politisch Engagierte, die im Gefängnis sitzen, die teilweise gefoltert wurden. Es handelt sich um eine fürchterliche humanitäre Situation im Innern Belarus. In dieser ambivalenten Situation kann der Westen Lukaschenko auch als nicht so treuen Anhänger Putins betrachten und versuchen, auf ihn einzuwirken, um Friedensgesprächen näherzukommen.

Aber es würde auch Opfer und Leben kosten, dieses ambivalente Spiel fortzusetzen.

Die nächste Frage bezieht sich auf den erwartbaren und anstehenden NATO Eintritt von Finnland und Schweden. Wie schätzen Sie das ein – wie verändert sich dadurch die geopolitische Situation im Baltikum und in dem Raum, in dem der Konflikt stattfindet?

Lavruhin: Ich würde sagen, dass sich die Situation von Russland in einem Aspekt massiv verschlechtert hat. Natürlich wird sich die Isolation von Russland drastisch verstärken. Das hat zur Folge, dass sich die Gesellschaft wieder viel stär-

ker militarisiert, wie bei jeder Isolation. Zu all den ökonomischen Sanktionen kommt noch die Militarisierung hinzu.

Die Verhältnisse an der Grenze werden viel angespannter sein als früher. Und die Isolation wirkt wie ein Beschleuniger der Militarisierung. Das erhöht die aggressive Stimmung, auch inmitten der Gesellschaft, die einer »konservativen Revolution« ausgesetzt ist. Das ist ein Grund, warum ich meine Prognose schon erläutern kann. Das wird Dutzende von Jahren dauern, falls Russland nicht in verschiedene Länder zerfällt.

Das allerdings wäre eine Rettung, zwar auch eine enorme Herausforderung, aber gleichzeitig eine Rettung. Sonst bekommen wir ein hoch militarisiertes Land, das mit Atomwaffen bewaffnet ist. Historisch ist das schon eine sehr eigenartige Herausforderung, mit der wir keine Erfahrung haben, wie damit umzugehen ist.

Durch die Entscheidung, die NATO zu erweitern und Schweden und Finnland aufnehmen zu wollen, ist eine große Dynamik entstanden, auch Russland betreffend. Welche Bedingungen müssten denn verhandelt werden, damit es überhaupt einen tragfähigen, gerechten Frieden mit einer sicheren Grenze geben kann. Dabei sollte berücksichtigt werden, wie eine Sicherheitsgarantie für die Ukraine aussehen könnte, wie die Rückkehr der Kriegsflüchtlinge behandelt werden kann, die strafrechtliche Verfolgung der Kriegsverbrechen und der Wiederaufbau der Ukraine neben der Rückgabe der besetzten Gebiete. Wer müsste und könnte mit wem worüber sprechen?

Lavruhin: Meine These ist, dass in Russland die konservative Revolution mit dem Zerfall der Sowjetunion begonnen hat. Und diese revanchistischen Stimmungen, die damit einhergehen, nahmen in den vergangenen drei Jahrzehnten zu. Zunächst allmählich, so dass man gar nicht genau ausmachen konnte, was da passiert, aber gleichzeitig konnten wir sehen, wie diese latenten Prozesse durch Kriege aktiviert wurden – also Kriege gegen Moldawien, Georgien und die Ukraine.

Wir haben allerdings keine Hoffnung, dass diese konservative Revolution gestoppt wird, oder ihr Verlauf sich entscheidend verändert. Die einzige Möglichkeit sehe ich darin, dass sich das totläuft, von innen her aufhört. Das ist eine Vorstellung, die auch die Dissidenten vertreten, mit denen ich in Kontakt stehe. Dann bestünde die Möglichkeit zu einem neuen Russland, das sich auf die demokratischen Strömungen der frühen 1990er Jahre

rückbesinnt. Aber das ist zur Zeit einfach nicht absehbar.

Wie beurteilen Sie die Rolle der Bundesregierung in diesem Zusammenhang? Handelt sie zu zögerlich, angemessen oder überzogen?

Lavruhin: Es ist in dieser emotional aufgeladenen Zeit sehr schwierig, eine vernünftige Entscheidung zu treffen, die die Opfer und Kosten des Krieges in Beziehung setzt zu unseren Werten und Interessen. Denn die Kosten sind ja vor allem die Menschenleben, die zerstört werden. Ich bin mir mit Herrn Varwick darüber einig, dass Russland sich dadurch bedroht fühlt, wenn die Grenzen der NATO die der Ostukraine sind. Doch 70 % der ukrainischen Bevölkerung sind für diesen Krieg, weil sie die geopolitischen Interessen Russlands und die Verneinung der Souveränität der Ukraine nicht akzeptieren.

Die Frage nach dem Gewinnen stellt sich – was bedeutet das? Können wir Russland okkupieren, dann ist das Geschichte. Wenn wir darauf hoffen, dass Russland in verschiedene Länder zerfällt, dann ist das auch akzeptabel. Aber sobald diese beiden Szenarien nicht eintreten, kommt nur die schlechteste Option zum Tragen. Die revanchistischen Stimmungen werden sich immer wieder hochschaukeln – daraus wird kein dauerhafter Friede kommen.

Je weiter Russland isoliert wird, desto stärker fällt diese hurra-patriotische Stimmung aus. Das ist ein Problem. Uns fehlen eine weise Entscheidung und klare Köpfe. Das ist eigentlich das, was ich von der deutschen Regierung erwarte.

Ich glaube einfach, dass die Kosten ganz unterschiedlich beurteilt werden, die dieser Krieg mit sich bringt. Die Anzahl an Menschenleben, die auf russischer Seite dabei umkommen, spielt offensichtlich überhaupt gar keine Rolle. Und auch die Ukraine hat sich entschlossen, irgendwie für ihre Freiheit in großer Zahl zu sterben. Ich glaube nicht, dass wir das von hier aus wirklich beurteilen können, was an der Stelle dann eine gute Entscheidung ist. Ich würde gern nochmals einen kurzen Schwenk machen auf die Frage, welche Rolle die UNO spielen könnte. Wir hatten es vorhin schon mal angeschnitten. Welche Rolle könnte

die UNO einnehmen und wie müsste sie sich verändern, damit sie wieder handlungsfähig ist?

Lavruhin: Die Uno ist momentan reformunfähig durch das Veto Russlands im Sicherheitsrat. Aber lassen Sie mich noch eine Hoffnung äußern, dass doch die Vereinten Nationen renoviert werden können auch unter dem Druck all dieser Umstände. Herr Heintze hat darauf schon verwiesen, dass die BRICS-Staaten und Länder im geographischen Süden ihre Interessen in den Vereinten Nationen nicht richtig geltend machen können. Meine Hoffnung ist, dass sich diese Länder nicht mit Russland zusammentun, sondern für sich selbst stärker eintreten und dadurch eine andere Dynamik in die Vereinten Nationen bringen. Sobald wir von der westlichen Perspektive abrücken und organisatorisch, rechtlich und politisch etwas Neuen aufbauen, mit einem Gleichgewicht zu den neuen Akteuren, wäre meines Erachtens eine Erneuerung möglich. Dieses Interesse hat auch Putin geäußert.

In einer letzten abschließenden Frage möchten wir Sie einladen zu träumen. Das bezieht sich auch auf den Veranstaltungstitel. Wie könnte man sich vorstellen, nach diesem Krieg und nach dem wahrscheinlichen Ende von Wladimir Putin, dass Europa befriedet wird und auch wieder auf Russland zugehen kann und es in irgendeiner Form in eine gemeinsame Zukunft einbindet?

Lavruhin: Erst wenn in Russland eine selbstkritische Verhandlung der eigenen Kultur entsteht, eine gründliche Auseinandersetzung zu einer neuen Selbstidentifikation führt, dann haben wir eine Chance für Frieden in Osteuropa. Das ist eine notwendige Bedingung.

Die Militarisierung der Gesellschaft müsste unterbrochen sein?

Lavruhin: Genau. Und zwar eine selbstkritische Besinnung der Kultur. Das ist langfristig gedacht und sehr schwierig, aber notwendig. Sonst geht es nicht. Sonst bekommen wir eine neue militärische Identität. Tritt Putin zurück, bekommen wir einen neuen Putin. Es ist das Problem, dass es ein Menge Menschen in Russland gibt, die so denken wie Putin. 

Fragestellungen nach der dritten Friedensethischen Tagung der Ev. Akademien

Akademiedirektor Stephan Bickhardt, Evangelische Akademie Sachsen, und Akademiedirektor Prof. Dr. Jörg Hübner, Evangelische Akademie Bad Boll

Die Diskussionen zwischen den Referent*innen, zwischen den Teilnehmenden im Chat sowie die Antworten der Referent*innen ließen deutlich werden, dass folgende Fragestellungen im Diskurs an Gewicht gewinnen:

1. Die juristischen Fragen zum internationalen Recht fanden im Blick auf den Krieg Russlands gegen die Ukraine besondere Aufmerksamkeit unter den Teilnehmenden – und dies verbunden mit folgenden Aspekten:

- Welche Zukunft hat das internationale Recht überhaupt noch?
- Inwieweit finden sich Gemeinsamkeiten der internationalen Staatengemeinschaften gemäß Artikel 2 der Charta der UN?
- Hat die ukrainische Gerichtsbarkeit genügend Legitimität, die Kriegsverbrechen erfolgreich aufzuarbeiten? Kann es eine Verschränkung mit dem Internationalen Strafgerichtshof und einem zu errichtenden Sondertribunal geben?
- Wie werden die Kriegsverbrechen dokumentiert? Welche Kriterien, z. B. des Kriegsvölkerrechts, kommen insbesondere dabei zur Anwendung?

2. Eine mehrfach aufgegriffene Frage ist die nach der Opferperspektive:

- Besteht die Gefahr, dass Opfer (u. a. durch die wichtige Dokumentation der Verbrechen) in eine Situation des Erklärens, des Rechtfertigens kommen?
- Wie kann dies und mit welchen Mitteln gegebenenfalls verhindert werden? Opfer dürfen nämlich nicht erneut gedemütigt werden (Sekundärviktimsierung).
- Welche Differenzierungen lassen sich hier vornehmen? Können Opfergruppen unterschieden werden?

3. Die friedensethische Haltung der Christen begründet sich nicht allein aus einem strikten

Pazifismus heraus. Der Wunsch nach einer eigenen, christlichen Perspektive wird mehrfach geäußert: Gott ist bereit, dem Menschen gegen die Gewalt beizustehen. Gott schaut auf Mensch und Menschheit in einer Weise, die wir nicht bis ins Letzte kennen. Sieg und Niederlage sind darin keine letztgültig wirksamen Perspektiven. Die Bergpredigt und vor allem die sechste Antithese von der Feindesliebe sind neu auszulegen (C. F. v. Weizsäcker und die intelligente Feindesliebe, G. Theißen und der Gewaltverzicht, P. Lapide und die Entfeindung). Vertrauen, Solidarität und Verhandlungsbereitschaft müssen noch in Anschlag gebracht werden können – jedenfalls für eine lebenswerte Zukunft.

4. Die Militarisierung und Ideologisierung der russischen Gesellschaft schreitet mit dem Krieg fort.

- Welche Folgen hat diese Ideologisierung für die russische Gesellschaft und die Zukunft des Landes?

- Kann von einem identitären Versuch im Blick auf Russlands militärischer Intervention gesprochen werden?

- Welche russischen Sicherheitsinteressen lassen sich präziser bestimmen?

5. Nach mehr als einem Jahr Krieg rücken immer mehr auch selbstkritische Positionen in den Mittelpunkt der Diskussion:

- Haben in der Vergangenheit fraglos akzeptierte Energielieferungen aus Russland den Krieg befördert?

- Gibt es russische Positionen, die den Krieg kritisieren und Vorschläge formulieren? Wie können diese vermehrt zu Gehör gebracht werden?

- Sollten Begriffe wie Neutralität, europäisches Sicherheitssystem, Sicherheitsgarantien neu gedacht werden?



Jahrgang 2022

36/22 – **Reproduktive Selbstbestimmung, Lebensschutz und Strafrecht. Die neue Diskussion um § 218 StGB als Herausforderung für die evangelische Kirche** (Online-Tagung des Zentrums für Gesundheitsethik (ZfG) an der Ev. Akademie Loccum in Kooperation mit der EKD, 15. Juni 2022) – 52 Seiten / 5,30 €

37/22 – **Digital – parochial – global?! Ekklesiologische Perspektiven im Digitalen (6)** (Workshopreihe der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST), der Evangelischen Akademie im Rheinland und der Evangelischen Akademie der Pfalz; Workshop VI: Öffentliche Verkündigung, 15. Februar 2022, digital; Workshop VII: Ordination und Beauftragung, 17. März 2022, digital) – 28 Seiten / 3,60 €

38/22 – **Wege zu mehr digitaler Nachhaltigkeit** (Online-Tagung der Evangelischen Akademie im Rheinland, der Stabsstelle Kommunikation und Medien im Landeskirchenamt der EKIR sowie der Melanchthon-Akademie Köln, 17. März 2022) – **Glaube Liebe Wandel. Kirche in der sozial-ökologischen Transformation** (Online-Kongress der Evangelischen Akademie im Rheinland und der Melanchthon-Akademie Köln, 30. März bis 7. April 2022) – 44 Seiten / 4,80 €

39/22 – **Andacht und Festakt zum 80. Geburtstag von Bischof i.R. Prof. Dr. Wolfgang Huber** (Berlin, Französische Friedrichstadtkirche, 26.8.2022) 20 Seiten / 2,80 €

40/22 – **Religions for Future?! Christentum und Islam vor der Herausforderung des Klimawandels** (32. Christlich-Islamische Tagung am Pfingstfest, Ev. Jugendbildungsstätte Nordwalde, 3. bis 6. Juni 2022) 48 Seiten / 4,80 €

41/22 – **Vorwurf der Volksverhetzung gegen Pastor Olaf Latzel – Urteile des Amtsgerichts und des Landgerichts Bremen** – 32 Seiten / 4,30 €

42/22 – **Hospizarbeit im Umbruch? Corona, Sorgkultur, Suizidassistenten** (Evangelische Akademie Villigst, 10. bis 12. Juni 2022) – 64 Seiten / 5,60 €

43/22 – **Tag der Deutschen Einheit** (Landesbischof Kramer, Ökumenischer Gottesdienst) – **75 Jahre EKHN** (Kirchenpräsident Jung, Jubiläumsgottesdienst) – **Kanzelrede Leipzig** (Luisa Neubauer) – **76. Deutscher Pfarrerinnen- und Pfarrertag** (Pastor Andreas Kahnt, Vorstandsbericht) – 20 Seiten / 2,80 €

44/22 – **Südwestdeutsche Medientage: »Wir brauchen die nicht mehr!« – Direktkommunikation vs. Freie Presse?** (Ev. Akademie der Pfalz, Protestantisches Bildungszentrum Butenschoen-Haus (Landau) und Hambacher Schloss, 29. bis 30. Juni 2022) 40 Seiten / 4,30 €

45/22 – **Bischof Stäblein beim Arbeitskreis Evangelischer Unternehmer – Einführung der EKD-Bevollmächtigten Anne Gidion – Interkulturelle Woche – Gnadauer Verband** – 24 Seiten / 3,60 €

46/22 – **Klimaschutzrichtlinie der EKD und Roadmap der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft e.V. (FEST) für einen verbindlichen EKD-**

weiten Prozess zur Klimaneutralität bis 2035
20 Seiten / 2,80 €

47/22 – **11. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen (1)** Karlsruhe, 31. August bis 8. September 2022 – 60 Seiten / 5,30 €

48/22 – **75 Jahre Lutherischer Weltbund (LWB) und Deutsches Nationalkomitee des LWB (DNK/LWB)** Festakt am 7. Oktober 2022 auf der Wartburg in Eisenach – 32 Seiten / 4,30 €

49/22 – **Synodentagung 2022 (1)** 3. verbundene Tagung der 13. Generalsynode der VELKD, der 4. Vollkonferenz der UEK und der 13. Synode der EKD, Magdeburg, 4. bis 9. November 2022 – 68 Seiten / 5,60 €

50/22 – **Synodentagung 2022 (2)** 3. verbundene Tagung der 13. Generalsynode der VELKD, der 4. Vollkonferenz der UEK und der 13. Synode der EKD, Magdeburg, 4. bis 9. November 2022 – 40 Seiten / 4,30 €

51/22 – **Digitale Communities – Eine Pilotstudie zur Followerschaft von christlichen Influencer*innen auf Instagram** midi (Evangelische Arbeitsstelle für missionarische Kirchenentwicklung und diakonische Profilbildung) / Evangelisches Werk Diakonie und Entwicklung e.V. – 52 Seiten / 5,30 €

Jahrgang 2023

1-2/23 – **Rüstungsexportbericht 2022 der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE)**
96 Seiten / 7,50 €

3/23 – **Zweite friedensethische Tagung zum Ukraine-Krieg: Im Dialog mit aktuellen Stimmen aus Osteuropa**, 18. Oktober 2022 – **Predigt der EKD-Ratsvorsitzenden Kurschus am Reformationstag**
28 Seiten / 3,60 €

4/23 – **11. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen (2)** Karlsruhe, 31. August bis 8. September 2022 – 48 Seiten / 4,80 €

5-6/23 – **»Gott mit uns!« – Das schwierige Erbe des Nationalprotestantismus** Symposium des Lernorts Garnisonkirche und der Martin-Niemöller-Stiftung e.V., 1. bis 2. Oktober 2021 – 84 Seiten / 6,80 €

7/23 – **Synodentagung 2022 (3)** 3. verbundene Tagung der 13. Generalsynode der VELKD, der 4. Vollkonferenz der UEK und der 13. Synode der EKD, Magdeburg, 4. bis 9. November 2022 – 48 Seiten / 4,80 €

8-9/23 – **Die Zukunft der Zivilgesellschaft** (Tagung der Ev. Akademie Tutzing in Kooperation mit dem Freundeskreis Ev. Akademie Tutzing e.V. und dem Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung am Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) für Sozialforschung, Tutzing, 3. bis 5. Juni 2022) – 88 Seiten / 6,80 €

10/23 – **Ökumenischer Lagebericht 2022 des Konfessionskundlichen Instituts** (Kollegium des Konfessionskundlichen Instituts des Evangelischen Bundes, Arbeitswerk der EKD (Bensheim)) – 64 Seiten / 5,60 €

11/23 – »Partnerin, Schulmeisterin, Dienstleisterin, Prophetin. Kirche und Theologie im Verfassungsstaat Bundesrepublik Deutschland« XIX. Konsultation Kirchenleitung und wissenschaftliche Theologie Worms, 28. bis 30. September 2022 – 68 Seiten / 5,60 €

12/23 – **Krieg in der Ukraine: Kirchliche Stimmen zum Jahrestag des russischen Angriffs**
36 Seiten / 4,30 €

13/23 – **75 Jahre Konfessionskundliches Institut des Evangelischen Bundes** (Studientag und Festvortrag von Bischöfin Kirsten Fehrs, Bensheim, 27. Oktober 2022) – 44 Seiten / 4,80 €

14/23 – **Verleihungen der Hanna-Jursch-Preise der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und des Karl-Barth-Preises der Union Evangelischer Kirchen (UEK)** im Rahmen der XIX. Konsultation Kirchenleitung und wissenschaftliche Theologie, Worms, 28. bis 30. September 2022 – 24 Seiten / 3,60 €

15/23 – **Jahrestag des Anschlags von Hanau / Predigt Kurschus – Chemnitzer Friedenstag / Predigt de Maizière – Einführung von Jerry Pillay** in sein Amt als ÖRK-Generalsekretär – **Erklärung des Rates der EKD zur Zusammenarbeit mit Sinti und Roma**
20 Seiten / 2,80 €

16/23 – **Evangelische Kirche – wohin?** (Tagung der Evangelischen Akademie Tutzing, 9. bis 11. Dezember 2022) – 68 Seiten / 5,60 €

17/23 – **Bericht von Landesbischof Bedford-Strohm vor der bayerischen Landessynode** (München, 28. März 2023); **Stellungnahme der VELKD-Bischöfskonferenz und -Kirchenleitung zu 50 Jahren**

Leuenberger Konkordie (Hannover, März 2023)
20 Seiten / 2,80 €

18/23 – **75 Jahre Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland (ACK)** (Festgottesdienst, Festakt und 252. Mitgliederversammlung der ACK, Magdeburg, 21. bis 23. März 2023) – 32 Seiten / 4,30 €

19/23 – **Evangelisch predigen** (Gemeinsamer Studientag von Vereinigung Evangelischer Freikirchen (VEF) und Evangelischer Kirche in Deutschland (EKD) zu »Predigtgemeinschaft«, Frankfurt am Main, 20./21. Februar 2023) – 60 Seiten / 5,30 €

20/23 – **Sport und Politik – Zwischen Autonomisierung und Instrumentalisierung** (5. Sportethischer Fachtag der EKD, Evangelische Akademie Frankfurt, 28. März 2023) – 44 Seiten / 4,80 €

21/23 – **Jahresempfang der Evangelischen Akademie Tutzing** (15. März 2023) / **Dorothee Sölle – Eine Würdigung von Dr. Horst Gorski** (April 2023)
20 Seiten / 2,80 €

22/23 – **Sterbehilfe / Gemeinsames Wort zur Interkulturellen Woche 2023 / Impulsvortrag von Landesbischof Tobias Bilz** zum Thementag der Sächsischen Landessynode / **Schriftlicher Bericht von Landesbischof Ralf Meister** vor der Landessynode der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers – 32 Seiten / 4,30 €

23/23 – **Dritte friedensethische Tagung zum Ukraine-Krieg: »Ich habe geträumt, der Krieg wär' vorbei« ... Politische Möglichkeiten und theologische Perspektiven aus Ost und West** (Digitaler Studien-Nachmittag der Ev. Akademien, 20. März 2023) – 24 Seiten / 3,60 €

Der Informationsdienst **epd**-Dokumentation (ISSN 1619-5809) kann im Abonnement oder einzeln bezogen werden. Pro Jahr erscheinen mindestens 50 Ausgaben.

Bestellungen:
GEP gGmbH Leserservice
Postfach 1154
23600 Bad Schwartau
Tel.: 0451 4906-830
Fax: 0451 4906-950
E-Mail: gep-
leserservice@medienexpert.com
Internet: <http://www.epd.de>

Das Abonnement kostet monatlich 34,65 € inkl. Versand (mit Zugang zum digitalen Archiv: 40,25 €). E-Mail-Bezug im PDF-Format 31,95 €. Die Preise für Einzelbestellungen sind nach Umfang der Ausgabe und nach Anzahl der Exemplare gestaffelt.

Die Liste oben enthält den Preis eines Einzel-exemplars; dazu kommt pro Auftrag eine Versandkostenpauschale (inkl. Porto) von 2,50 €.

epd-Dokumentation wird auf chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.